
Das Hinweisgeberschutzgesetz im Mittelstand

Cathleen Hesselbarth

Das Hinweisgeberschutz- gesetz im Mittelstand

Rechtsanwendung in der
Unternehmenspraxis

Dr. Cathleen Hesselbarth
Hagen, Deutschland

ISBN 978-3-658-48897-0 ISBN 978-3-658-48898-7 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-48898-7>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2025

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jede Person benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des/der jeweiligen Zeicheninhaber*in sind zu beachten.

Der Verlag, die Autor*innen und die Herausgeber*innen gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autor*innen oder die Herausgeber*innen übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer Gabler ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Wenn Sie dieses Produkt entsorgen, geben Sie das Papier bitte zum Recycling.

Interessenkonflikt Der/die Autor*in hat keine für den Inhalt dieses Manuskripts relevanten Interessenkonflikte.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Geschichte des Hinweisgeberschutzes	3
3	Begriffsdefinitionen	9
4	Rechtliche Grundlagen	13
4.1	Anwendungsbereiche	13
4.1.1	Persönlicher Anwendungsbereich	13
4.1.2	Sachlicher Anwendungsbereich	14
4.2	Meldestellen	15
4.2.1	Die interne Meldestelle	16
4.2.1.1	Aufgaben	16
4.2.1.2	Einrichtungsvarianten	16
4.2.2	Die externe Meldestelle	19
4.2.2.1	Einrichtung	19
4.2.2.2	Aufgaben	20
4.3	Der Beauftragte	23
4.4	Die Meldung	25
4.4.1	Anonyme Meldungen	25
4.4.2	Meldekanäle	26
4.4.3	Meldeverbote	27
4.5	Vertraulichkeit	29
4.5.1	Vertraulichkeitsgebot	29
4.5.2	Ausnahmeregelungen	30
4.6	Meldung vs. Offenlegung	33
4.7	Rolle des Betriebsrates	35
4.7.1	Betriebsräte im Hinweisgeberschutzprozess	35
4.7.2	Mitbestimmung beim System	36
4.7.3	Mitbestimmung bei der personellen Besetzung	37
4.8	Datenschutz vs. Hinweisgeberschutz	38
4.8.1	Datenschutzbeauftragter/Meldestellenbeauftragter	38
4.8.2	Im Spannungsfeld des Datenschutzes	39
4.8.2.1	Artikel 14 DSGVO zu § 8 HinSchG	40
4.8.2.2	Artikel 15 DSGVO zu § 8 HinSchG	41

4.9	Das interne Meldeverfahren	42
4.9.1	Eingangsbestätigung	43
4.9.2	Rückmeldung	46
4.9.3	Folgemaßnahmen	47
4.9.4	Abschluss des Verfahrens	49
4.9.5	Sanktionsmöglichkeiten des Hinweisgeberschutzgesetzes	50
5	Die Prozesseinführung	55
5.1	Rahmenbedingungen	55
5.1.1	Der Beauftragte	55
5.1.2	Ressourcen	58
5.1.3	Betriebsvereinbarungen	60
	5.1.3.1 Betriebsvereinbarungen zum System	60
	5.1.3.2 Betriebsvereinbarungen zur Technik	61
5.1.4	Datenschutz	62
5.2	Technische Umsetzung	62
5.3	Kommunikation	63
5.4	Betreiben der Meldestelle	65
5.4.1	Umfangreiche Stichhaltigkeitsanalyse	66
	5.4.1.1 Interne Mitarbeitende	67
	5.4.1.2 Externe Person	67
	5.4.1.3 Recherche	68
5.4.2	Abgabe der Meldung	68
	5.4.2.1 Abgabe an eine Abteilung	68
	5.4.2.2 Abgabe an die zuständige Behörde	69
5.4.3	Interne Ermittlung	69
	5.4.3.1 Beweissicherung	70
	5.4.3.2 Befragung	72
	5.4.3.2.1 Grundlage: Auskunftspflicht	73
	5.4.3.2.2 Auskunftspflicht im Zusammenhang mit Dritten	74
	5.4.3.2.3 Selbstbelastende Auskunft	75
	5.4.3.2.4 Einfordern von Auskünften	76
	5.4.3.3 Beschlagnahmung	78
	5.4.3.4 Beweisverwertung	79
5.4.4	Beendigung des Verfahrens	80
	Summary/Fazit	83
	Literatur	85